

Thomas Großbölting / Raj Kollmorgen
Sascha Möbius / Rüdiger Schmidt (Hg.)

Das Ende des Kommunismus

Die Überwindung der Diktaturen
in Europa und ihre Folgen

Titelbild: Abbau des Lenin-Denkmals in Berlin 1991

© dpa-Bildarchiv

gedruckt mit freundlicher
Unterstützung der



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung

1. Auflage August 2010

Satz und Gestaltung: Klartext Medienwerkstatt GmbH, Essen

Umschlaggestaltung: Volker Pecher, Essen

Druck und Bindung: Koninklijke Wöhrmann bv, Zutphen (NL)

© Klartext Verlag, Essen 2010

ISBN 978-3-8375-0306-7

Alle Rechte vorbehalten

www.klartext-verlag.de

Inhalt

Das Ende des Kommunismus

Die Überwindung der Diktaturen in Europa und ihre Folgen
im Kontext von Ereignis, Selbstdeutung und Deutung 7

I. Umkämpfte Erinnerung

Eckhard Dittrich

Ereignis – Selbstdeutung – Deutung

Überlegungen zur Erinnerungskultur aus sozialwissenschaftlicher
und historischer Perspektive 17

Thomas Schaarschmidt

Auf dem Weg zu einem neuen antitotalitären Grundkonsens?

Die Erinnerung an die Diktaturvergangenheit und der Übergang zur
Demokratie in Deutschland nach 1945 und 1989 29

Sabine Kittel

Der Blick zurück zwischen Bedauern und Verdruss

Erinnerungen von Ostdeutschen an „ihre“ DDR 43

Thomas Großbölting

Eine zwiespältige Bilanz

Zwanzig Jahre Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit
im wiedervereinigten Deutschland 61

Alexander Vatlin

Die unvollendete Vergangenheit

Über den Umgang mit der kommunistischen Geschichte
im heutigen Russland 75

Viktor Voronkov und Elena Zdravomyslova

Ahnenforschung im heutigen Russland

Die Konstruktion des Selbst und die Privatisierung der Geschichte 91

**II. Opposition, Revolution, Transformation:
Akteure, Prozesse und Folgen des Umbruchs in Mittelost- und Osteuropa**

Mathias Tullner

Sachsen-Anhalt als Schauplatz und Promoter der friedlichen Revolution 109

Sascha Möbius

Opposition in der Region

Überlegungen zum Herbst 1989 in Magdeburg 123

Rüdiger Schmidt

„Rote Fahnen gegen weiße Kerzen“

Die DDR-Machteliten in den Bezirken Magdeburg und Halle
und der Herbst 1989 133

Raj Kollmorgen

Wende – Umbruch – Beitritt

Die ostdeutsche Transformation und ihre Verortung
im postsozialistischen Raum 151

Máté Szabó

Zwischen Reform und Revolution

Ungarns Weg aus dem Staatssozialismus – wohin? 177

Rudolf Gräf und Lorand Madly

Umbrüche und Kontinuitäten in Rumänien

Die rumänische Wende 1989, ihre wissenschaftliche Deutung
und öffentliche Erinnerung 195

Autorenverzeichnis 211

Das Ende des Kommunismus

Die Überwindung der Diktaturen in Europa und ihre Folgen im Kontext von Ereignis, Selbstdeutung und Deutung

Das Jahr 1989 kehrte mit der Ablösung des Kommunismus nicht nur in den Gesellschaften Osteuropas das Unterste zuoberst, sondern veränderte darüber hinaus auch die internationale Situation fundamental. Die im Kalten Krieg und seiner Konfrontation erstarrte Welt kam mit den Reformen in der Sowjetunion seit 1985, dem „Herbst des Volkes“ 1989 und dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums 1991 in ungeahnte Bewegung. Die Welle der Veränderung ergriff vor allem die Blockstaaten des Warschauer Paktes, machte aber auch vor Westeuropa nicht Halt. Eine neue weltgeschichtliche Epoche begann, für die gilt – wie es William Outhwaite und Larry Ray 2005 formulierten: *„We are all postcommunist now.“*

Rasch wie kein anderes weltpolitisches Ereignis sind die unterschiedlichen „friedlichen Revolutionen“ von 1989 Gegenstand einer aktiven „Historisierung“ geworden. Schon den Akteuren war die umstürzende, ja weltbewegende Bedeutung ihrer Aktionen bewusst. Das Beispiel Ostberlin zeigt das deutlich: In der Hauptstadt der DDR sammelte die Bürgerrechtsbewegung schon während der Demonstrationen Plakate und Transparente, um diese aufzubewahren und auf diese Weise der Nachwelt zu dokumentieren, was sich im Herbst dieses ereignisreichen Jahres getan hatte. Die Besetzung der Stasi-Zentralen in Berlin wie auch in den Zentren der Bezirke zielte zunächst natürlich darauf, das wichtigste Repressionsinstrument des SED-Regimes lahm zu legen. Es schwang aber unmittelbar auch der Wille mit, dem Stasiapparat die Verfügungsgewalt über die Akten zu entziehen und diese den Betroffenen wie auch der Aufarbeitung verfügbar zu machen.

Die Selbstdeutung der Akteure ging rasch über in die Deutungsversuche der jeweiligen Öffentlichkeiten. Im Streit um die Geschichte – da prägt die mittlerweile lange Tradition der öffentlichen Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus auch die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur – verhandelt insbesondere die deutsche Öffentlichkeit nicht nur ihre Vergangenheit, sondern diskutiert auch zentrale Wertfragen der Gegenwart. Aber auch in den Ländern Osteuropas, insbesondere in Polen, Ungarn und Rumänien hat der Aufbruch aus der ideologischen Verkrustung zu einer neuen Offenheit gegenüber den Fragen nach der Vergangenheit und ihren Konsequenzen für das Heute geführt.

Umkämpfte Erinnerung

Die Beiträge im ersten Teil des vorliegenden Bandes thematisieren den historischen Rückblick auf 1989/90 als kontroverse Erinnerung, wobei aus unterschiedlichen Perspektiven die deutsche und die russische Erfahrung an die zäsurstiftende Epochenwende und deren

spannungsvolle Verarbeitung problematisiert werden. Die einleitenden Überlegungen von *Eckhard Dittrich* zur „Erinnerungskultur aus sozialwissenschaftlicher und historischer Perspektive“ rekonstruieren im Anschluss an Jan Assmann, Maurice Halbwachs, den britischen Soziologen Anthony Giddens und den Historiker Reinhart Koselleck unterschiedliche theoretische Ausgangspunkte, die es ermöglichen, uns der Erinnerung an das Jahr 1989 zu nähern. Der Zusammenhang von „Ereignis – Selbstdeutung – Deutung“ öffnet dabei den Blick auf unterschiedliche Deutungsversuche verschiedener Öffentlichkeiten und Teilöffentlichkeiten. Das Jahr 1989 erschließt sich so als ein „Problem unserer Selbstsicht und unserer gesellschaftlichen Orientierung“. Denn „mit dem Ende des Kalten Kriegs und der Auflösung des so genannten Ostblocks hatte sich nicht nur die vierzig Jahre alte und für ewig erachtete weltpolitische Orientierung aufgelöst. Vielmehr wurden mit dieser Auflösung auch die als feststehend begriffenen Antworten auf innergesellschaftliche Probleme, ja ganze Weltansichten, ganze Weltbilder, in Frage gestellt“. Der Blick richtet sich auf eine Kultur des Erinnerns, der zum einen durch die „lange Tradition der öffentlichen Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus auch die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur“ geprägt hat, zum anderen seit der Epochenwende von 1989/90 auch für Russland und die osteuropäischen Staaten zu einer Herausforderung geworden ist. Der Autor plädiert für eine „Erinnerung im makrogesellschaftlichen Kontext“, die das „Ereignis durch das Prisma des Akteurshandelns zu rekonstruieren versucht“.

Der folgende Beitrag von *Thomas Schaarschmidt* über „die Erinnerung an die Diktaturvergangenheit“ und den „Übergang zur Demokratie in Deutschland nach 1945 und 1989“ thematisiert den schwierigen Umgang mit der deutschen Vergangenheit in beiden deutschen Staaten nach 1945 und im wiedervereinigten Deutschland seit 1990. Seit „die Erinnerung an die sowjetische Besatzungsherrschaft in Ostdeutschland von 1945 bis 1949 und die kommunistische Diktatur der SED neben dem Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft in Deutschland“ steht, hat sich „das Koordinatensystem der deutschen Erinnerungskultur“ maßgeblich verändert. Galt in der Bonner Republik der antitotalitäre Grundkonsens über Jahrzehnte als leitendes Interpretament einer Vergangenheitsdeutung, die es ermöglichte, „sich größerer Debatten über die Verantwortung des deutschen Volkes“ an den NS-Verbrechen unter dem Deckmantel „der Integration der Westdeutschen in die antikommunistische Allianz“ weitgehend zu entziehen, so fungierte in der DDR der Antifaschismus über vierzig Jahre als *die* Legitimationsinstanz des ostdeutschen Teilstaates. „Nachdem die kommunistische Diktatur in Ostdeutschland etabliert worden war, wurde die Zustimmung zur offiziellen Antifaschismus-Doktrin zum Entrée-billet in die neue sozialistische Gesellschaft und zu einem guten Argument, Erinnerungen an die eigene Verantwortung in der NS-Zeit zu verdrängen“. Nach der Epochenwende von 1989/90 entfaltete sich schließlich eine intensive Debatte über die ‚doppelte Vergangenheit‘ bzw. über den Umgang mit der Erinnerung an beide Diktaturen. Der Autor zeichnet die Stationen und Inhalte dieser in Politik und Gesellschaft geführten Debatte u. a. am Beispiel der zentralen Enquete-Kommission des Bundestages nach. „Verglichen mit der Situation

nach dem Zweiten Weltkrieg“, so das Fazit, „ist die Gesellschaft des vereinigten Deutschland [indes] viel heterogener, so dass es unrealistisch wäre, davon auszugehen, dass sich die Deutschen innerhalb weniger Jahre auf eine kohärente Erinnerungskultur verständigen könnten“.

Im Vergleich zu dem von Thomas Schaarschmidt thematisierten institutionalisierten bzw. öffentlich geführten Diskurs um die „Erinnerung an die Diktaturvergangenheit“ befasst sich der Aufsatz von *Sabine Kittel* über die „Erinnerungen von Ostdeutschen an ‚ihre‘ DDR“ mit der Frage, „wie sich das kollektive und öffentliche Gedächtnis zur DDR-Vergangenheit in den Erinnerungen der Menschen, fast zwanzig Jahre nach dem Ende des sozialistischen Staates, widerspiegelt. Auf welche Weise reflektieren die Menschen ihren damaligen Alltag, ihr Handeln“ und „welche Aspekte der retrospektiven Betrachtung unterlagen der Umwertung von Erfahrungen?“. Der Blick richtet sich dabei auf den privaten, öffentlichen und institutionalisierten Bereich, wobei gefragt wird, wie und auf welche Weise gegenwärtig „die sozialistische Vergangenheit bearbeitet und alltäglich thematisiert wird und wie damit zur gleichen Zeit das Gedächtnis an diese Vergangenheit produziert wird“. Die Ergebnisse biographischer Interviews mit Gesprächspartnern und -partnerinnen verschiedener Generationen, unterschiedlicher sozialer Herkunft und politischer Überzeugung, die in dem Beitrag untersucht werden, versuchen eine Antwort „auf die Frage nach dem Umgang mit der DDR-Vergangenheit“ zu geben. Dabei zeigt die Auswertung der in dem Beitrag ausschnittsweise abgedruckten Interviews, „dass die Menschen zwanzig Jahre nach dem Ende der DDR“ und nicht zuletzt auch „vor dem Hintergrund der zeitlichen Distanz immer neue Fragen stellen und Blickwinkel einnehmen“; die Antworten dazu“, so Sabine Kittel, „sind aber keinesfalls gleichförmig“.

Demgegenüber thematisiert der Beitrag von *Thomas Großbölting* über „20 Jahre Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit im wiedervereinigten Deutschland“ auf der Makroebene die Distanz und „die Wiederannäherung von zwei deutschen Gesellschaften, die sich in vierzig Jahren geteilter Existenz doch fremder geworden waren als sich viele einzugestehen bereit waren“. Dabei hat die Erfahrung der schwierigen Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit von Anfang an das Bemühen um die ‚richtige‘ Aufarbeitung der SED-Diktatur stimuliert. Dies zum einen, um „Unrecht zu beseitigen, die Betroffenen zu entschädigen, wenigstens aber zu rehabilitieren und demokratische Strukturen ... zu festigen“; schließlich auch, „um die politische Kultur der wiedervereinigten Bundesrepublik zu stärken“. Zum anderen hat sich die DDR-Forschung im wissenschaftlich-institutionellen Sektor einen prominenten Platz in der Zeitgeschichtsforschung und in den Sozialwissenschaften erobert. Die in vielerlei Hinsicht durchaus beeindruckende Bilanz der DDR-Forschung steht indes in eigentümlichem Kontrast zu Phänomenen der deutsch-deutschen Befindlichkeit, angefangen von den ernüchternden Meinungsumfragen, die von Skepsis über das Zusammenwachsen einer ehemals geteilten Nation berichten, bis hin zu jener irritierenden Ostalgie, die nostalgisch einen untergegangenen Staat betrauert, dessen alltäglich erfahrene lebensweltliche „Normalität“ nicht mehr in ein Verhältnis zu den alltäglichen

Zumutungen der Diktatur gesetzt wird. Der Beitrag thematisiert die unterschiedlichen historiographischen und medialen Perspektiven auf eine Diktatur, deren Bilder – zwischen „Schurkenstaat“ und „Sonnenallee“ – nach wie vor recht unverbunden nebeneinander stehen. „Aus der Geschichte der SED-Diktatur“, so Thomas Großbölting, „ist noch keine Geschichte der DDR geworden“.

Die folgenden Beiträge von *Alexander Vatlin* sowie von *Viktor Voronkov* und *Elena Zdravomyslova* widmen sich der Vergangenheitsbewältigung im heutigen Russland. Dabei untersucht der Aufsatz von Vatlin über „den Umgang mit der kommunistischen Geschichte im heutigen Russland“ die „Gegenbild[er] zum offiziellen ... Bild der Vergangenheit“, das der Bevölkerung durch die kommunistische Ideologie aufgezwungen wurde. Das Fehlen einer Geschichte „von oben“ nach dem Untergang der Sowjetunion hatte dazu geführt, dass diese „zunehmend privatisiert“ wurde, ohne „dass die Vergangenheit [deswegen] aus dem kollektiven Bewusstsein der russischen Bürger verschwunden“ war. Am Exempel der Deutung der russischen Revolution von 1917 (glorreiche Revolution oder bolschewistischer Putsch?) sowie am Beispiel der Haltung gegenüber Stalin (Tyrann oder Held?) und seinem Regime als nach wie vor „wichtigste[r] Trennlinie im Geschichtsbewusstsein heutiger russischer Bürger“ untersucht der Autor jeweils gegenläufige, ja einander bekämpfende Strömungen der gegenwärtigen russischen Erinnerungskultur. In mancherlei Hinsicht, so lautet das nüchterne Fazit, sind die Historiker in Russland zu „Opfern der Vergangenheit“ geworden, einerseits herausgefordert durch „das gegenwärtige Kokettieren der Staatsmacht mit der glorreichen Vergangenheit“, andererseits konfrontiert mit der oppositionellen Forderung nach der „strafrechtlichen Verfolgung der Leugnung des verbrecherischen Charakters des stalinistischen Systems“. Eine „Zwangsdemokratisierung des öffentlichen Bewusstseins nach dem Vorbild der Entnazifizierung in Deutschland nach 1945 oder der Aufarbeitung der SED-Diktatur nach 1990“ würde – so Alexander Vatlin – allerdings nur „eine unkritische Übernahme des europäischen Modells der Vergangenheitsbewältigung bedeuten, das sich unter ganz anderen Bedingungen durchgesetzt hat“.

Der Beitrag von *Viktor Voronkov* und *Elena Zdravomyslova* zum Thema „Ahnenforschung im heutigen Russland“ und Formen der „Privatisierung der Geschichte“ reflektiert demgegenüber den derzeit zu beobachtenden „Biographie-Boom“ im öffentlichen Diskurs der russischen Gesellschaft. Seit einiger Zeit bildet die historische Biographieforschung, die die sowjetische Vergangenheit auf der Ebene individueller Erinnerungen zu rekonstruieren versucht, „einen integralen Bestandteil der Arbeit von zivilgesellschaftlichen und ethnischen Organisationen, von Menschenrechtsgruppen ebenso wie von den Komitees der Soldatenmütter“. Nicht zuletzt der Untergang des sowjetischen politischen Systems sowie die durch radikale institutionelle Reformen hervorgerufene Zerstörung tradierter Sozialstrukturen haben zu einer gesellschaftlichen Identitätskrise geführt. Darüber hinaus wurde durch die Glasnost-Politik auch „die offizielle Version sowjetischer Geschichte fundamental in Frage gestellt“. Die russische Gesellschaft reagierte darauf seit den neunziger Jahren mit „der öffentlichen Austragung (auto)-biographischer Erzählungen und Interpre-

tationen. Neuere, auf Familiengeschichten basierte Versionen der persönlichen Identität wurden vor diesem Hintergrund als wahrheitsgemäß und unparteiisch betrachtet“. Die Autoren fragen nach dem „subjektiven Sinn“ sowie nach den Konzepten und Zielen einer neuen kulturellen Bewegung, die mit dem seit einiger Zeit erwachten Interesse an der persönlichen Geschichte einen „Anspruch auf die eigene Sichtweise der Vergangenheit und auf den eigenen Platz in der Geschichte Russlands“ reklamiert.

Opposition, Revolution, Transformation: Akteure, Prozesse und Folgen des Umbruchs in Mittelost- und Osteuropa

Wer sich den Nutzen des regional- und lokalhistorischen Zugriffs bei der Erforschung der ersten Diktatur in Deutschland vor Augen führt, wird den zu erwartenden Gewinn abschätzen können. Nachdem wir die Auflösung demokratischer Strukturen, die Machtübernahme und Machtübertragung an die Nationalsozialisten und deren Herrschaftsausübung in den Dörfern und Kleinstädten analysiert haben, hat sich beispielsweise unser Verständnis von den Mechanismen der NS-Diktatur wesentlich erweitert. Doch wo für Sachsen, Brandenburg und Thüringen bereits verschiedene Arbeiten zur Grundlagenforschung vorliegen, stellt sich der Forschungsstand für das Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts weitaus defizitärer dar. Der Beitrag von *Mathias Tullner* über „Sachsen-Anhalt als Schauplatz und Promoter der friedlichen Revolution“ leitet darum den zweiten Teil des vorliegenden Bandes ein und widmet sich einem Aspekt, dem mit Blick auf die Geschichte der Bürgerrechtsbewegung in der DDR bislang kaum Aufmerksamkeit gegolten hatte, nämlich der weithin fehlenden Traditionsbindung der Oppositionsbewegung. So hatte die polnische *Solidarność* „ein deutlich ausgeprägtes Traditionsverständnis“, indem sie ihr Wirken in die Kontinuität 1956–1968–1970–1976 einschrieb. Wenngleich „nicht ganz so scharf ausgeprägt, aber doch deutlich vorhanden war das Traditionsverständnis auch in der ungarischen und tschechoslowakischen Bewegung“. Dagegen entwickelte die Opposition der Bezirke Halle und Magdeburg wie in der DDR insgesamt „kaum eine Bezugnahme zum Volksaufstand des 17. Juni 1953“. Der Autor konstatiert, dass „die Beseitigung des sozialistischen Systems als solches und [die] deutsche Wiedervereinigung ... nicht zu den Zielstellungen der Oppositionsbewegung während der beginnenden friedlichen Revolution im Jahre 1989“ gehörten. Hinzu kam, dass sich im Herbst 1989 innerhalb der sich formierenden Oppositionsbewegung in den Bezirken Halle und Magdeburg im Gegensatz zu Brandenburg und Sachsen, etwas später auch in Mecklenburg und Thüringen, „keine Zielvorstellungen abzeichneten, die auf eine Wiedergründung von alten oder neuen föderalen Strukturen gerichtet waren“. Der Beitrag untersucht im Fokus regionaler Besonderheiten die Motive und Ziele der Oppositionsbewegung wie er die Handlungsmöglichkeiten der Kirchen sowie die Aktionen und Reaktionen der Staatspartei beschreibt. Abseits der Schwerpunkte der Bürgerrechtsbewegung in Ost-Berlin und Leipzig analysiert Mathias Tullner die Ursachen und Folgen des „Übergreifen[s] der Demonstrationen von den großen

Zentren auf kleinere Städte und Ortschaften“, in denen sich – jenseits der bekannten Ziele und Losungen – durchaus eigenständige Vorstellungen über Wege und Absichten der friedlichen Revolution herauskristallisiert hatten.

Die in dem folgenden Beitrag von *Sascha Möbius* thematisierten „Überlegungen zum Herbst 1989 in Magdeburg“ untersuchen den „Zusammenhang zwischen der Oppositionsbewegung der 1980er Jahre und der Massenbewegung der friedlichen Revolution“. Am lokalen Beispiel verfolgt der Autor über den Zeitraum von zwei Jahrzehnten die Entwicklung und das Handlungspotential unterschiedlicher Oppositionsbewegungen marxistischen wie auch bürgerlichen Hintergrunds, wobei sich der Protest gegen das Regime – wie es auch in den einschlägigen Berichten des Ministeriums für Staatssicherheit hervorgehoben wurde – wesentlich auf vier Motive eingrenzen lässt. So setzten sich die Oppositionsbewegungen kritisch mit der schwierigen Versorgungslage auseinander, sie problematisierten ökologische Fragen ebenso wie zunehmende Tendenzen zur Militarisierung der Gesellschaft; die Ereignisse in Polen 1980/81 wirkten dabei in vielerlei Hinsicht wie ein Katalysator, bündelten und schärften den Protest. Am Beispiel des Arbeitskreises „Erziehung zum Frieden“, des Kreises Ökologie der Domgemeinde sowie dem Friedenskreis der Martinsgemeinde untersucht der Beitrag wichtige „Kristallisationspunkt[e] der Magdeburger Opposition“, die „sich von einer dezidiert sozialistischen Opposition in den 1970er und frühen 1980er Jahren zu einer (links)-alternativen Opposition im Rahmen der Kirche im weiteren Verlauf“ des Jahrzehnts entwickelte. Zwar geriet die Magdeburger Bürgerrechtsbewegung im Anschluss an die Brechung des Machtmonopols der SED in eine Krise, dennoch – so Möbius – „sollte man sehr vorsichtig sein, die Oppositionsgruppen als Verlierer des Herbst 1989 zu sehen“. Ihre Ziele konnten sie auch nach dem Mauerfall weiter verfolgen, „allerdings nun unter gänzlich veränderten Rahmenbedingungen“.

Der anschließende Beitrag von *Rüdiger Schmidt* richtet den Blick auf die Rolle der „DDR-Machteliten in den Bezirken Magdeburg und Halle im Herbst 1989“. Dabei beabsichtigt der Autor, den Blick von den äußeren Handlungs- bzw. Reaktionsmustern ein wenig zu lösen, um ihn auf Phänomene der Selbstwahrnehmung und der innerparteilichen Kommunikation in der SED zu richten. Wie wurde Kritik, ja der sich zur Entrüstung aufgipfelnde Protest des Sommers und des Herbstes 1989 von den Parteieliten rezipiert, wie sprachen sie intern miteinander, wie kommunizierten sie nach außen? Wie verband die Partei Kategorien der Deutung der umstürzenden Vorgänge von 1989 mit Momenten der Selbsteutung? Die Berichte der SED-Bezirksleitungen geben nicht nur über die Vorgänge in der Gesellschaft Auskunft, sondern sie berichten auch vom inneren Zustand der Partei. Sie informieren nicht nur über die Entwicklungen in der Gesellschaft, sondern auch über diejenigen, die diese Berichte verfassen, über ihre Selbstwahrnehmung und wie sie ihre Erfahrungen sprachlich umsetzen. Es existierte ein „Innen“ und ein „Außen“, wobei sich nach „innen“ die Partei fortwährend in Zusammenhängen einer politisch idealisierten Geschlossenheitsfiktion beschrieb, während das „Außen“, nämlich die Gesellschaft, als eine Art verwaltbare Umwelt wahrgenommen wurde. Im Frühjahr 1989 war der Ein-

heitspartei nicht nur eine gegen Versorgungsmängel und Misswirtschaft aufbegehrende Bevölkerung, sondern eine wachsende Bürgerrechts- und Demokratiebewegung als Gegner herangewachsen, wobei es sich – für die SED schließlich umso virulenter – de facto nicht um zwei getrennte, sondern um eine Protestbewegung handelte. Der Beitrag untersucht am Beispiel der Bezirke Magdeburg und Halle die Reaktionen der Einheitspartei auf die Kommunalwahlen im Frühjahr 1989, schildert die Reaktionen auf die Vorgänge im Sommer und Herbst 1989 und beschreibt den innerparteilichen Diskurs in der SED nach dem Mauerfall vom 9. November 1989.

Der Aufsatz von *Raj Kollmorgen* zum Thema „Zusammenbruch – Umbruch – Beitritt. Die ostdeutsche Transformation und ihre Verortung im postsozialistischen Raum“ zeichnet zunächst die Ereignisdynamik in der DDR entlang der zentralen Stationen Wende, Umbruch und Beitritt nach und rekonstruiert im Anschluss an eine idealtypische Bestimmung des Wandlungstypus Gesellschaftstransformation „die grundsätzlichen Transformationsstrategien und -logiken vor und nach dem Beitritt“. Der Autor fragt, „wie die ostdeutschen Umbrüche und postsozialistischen Entwicklungen im Epochenumbruch am Ende des 20. Jahrhunderts zu verorten sind“. Kann Ostdeutschland hier als Sonderfall gelten, bilden die fünf neuen Länder nur einen Sonder-, vielleicht sogar einen Ideal- oder umgekehrt einen „Unfall“ postsozialistischer Transformation? Am Beispiel interdependent fungierender Transferprozesse, nämlich dem Institutionen- und Akteurstransfer, dem Finanz- und Gütertransfer sowie schließlich dem Personal-, Eliten- und Wissenstransfer untersucht der Autor „Resultate der Beitrittslogik zwischen Erfolg und Misserfolg“. Zwar ist „das Generalziel postsozialistischer Transformationsprojekte“, so das Fazit, „unzweifelhaft erreicht“ worden, doch sind Schwächen und Misserfolge dennoch nicht zu übersehen. Denn nach wie vor sind finanzielle Transfers nach Ostdeutschland notwendig, womit sich „langfristig Fragen nach legitimierbaren Wohlstandsgefällen in Deutschland und ggf. neuen Solidaritätsnormen“ stellen; schließlich „resultierte die hegemoniale Beitrittslogik in einer sozio-kulturellen Missachtung der Ostdeutschen durch die Westdeutschen“ wie auch „einer normativen Distanz der Bürger in den neuen Ländern zur transferierten Demokratie und Marktwirtschaft“. Das einst gegebene Versprechen des Massenwohlstands korrespondiert in vielerlei Hinsicht nicht mit der täglich erfahrenen Realität in Ostdeutschland, so dass es nicht zu einer „umfassenden Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland“ gekommen ist. Die „Verortung des ostdeutschen Falls“ mit Blick auf die Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa gibt Anlass zu einem ambivalenten, dabei herausfordernden Fazit. Denn „durch die Stellung zwischen Ost- und Westeuropa, ... die Verschränkung von Transformation und Vereinigung und schließlich auch: durch die Zumutungen und Herausforderungen eines „doppelten Umbruchs“, d. h. des Zusammenpralls von Postsozialismus und Postmoderne, sitzt Ostdeutschland zwischen allen Stühlen und erscheint als einzigartiges soziales Experimentierfeld in Europa“.

Mit dieser Positionierung öffnet sich das Feld für vertiefende Analysen und Einordnungen der Ablösungsprozesse der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa,

bei denen es sich – wie bereits die Selbstbezeichnung zwischen „friedlicher“, „sanfter“ oder „goldener Revolution“ für die meisten der Umbrüche nahelegen – um einen neuen Typus radikalen Gesellschaftswandels handelt. Dabei steht 1989 nur als Chiffre für einen zeitlich breiteren Korridor, der sich von der Mitte der 1980er bis zum Anfang der 1990er Jahre erstreckt. In den Streit der Meinungen, der die Situation in allen postsozialistischen Ländern kennzeichnet, ist die wissenschaftliche Öffentlichkeit unmittelbar eingebunden. Nicht nur in Deutschland, sondern in allen osteuropäischen Ländern besteht ein hoher Erklärungs- und Systematisierungsbedarf, der dabei hilft, die Vorgänge einzuordnen und ihre Folgen intellektuell wie praktisch zu bewältigen.

Der Band wird daher von zwei Länderstudien abgerundet, die sich mit den Voraussetzungen, dem Verlauf und den Ergebnissen der Epochenwende von 1989/90 in Ungarn und Rumänien befassen. Der Aufsatz von *Máté Szabó* über „Ungarns Weg aus dem Staatssozialismus – wohin?“ thematisiert dabei die Wege und Umwege der politischen Entwicklung, die nach der Abwahl János Kádárs zunächst zu einem „Machtvakuum“ führten. Der Beitrag betont im Vergleich zum politischen Prozess der Vorwendezeit in der DDR und ČSSR das „Spezifikum der ungarischen Entwicklungen“, nämlich ein „starke[s] Hervortreten der nationalen Problematik, die eine eigenständige Richtung der oppositionellen Diskurse und Orientierungen, den ungarischen Populismus begründete“. Im Vergleich mit Polen und der ČSSR war die Sowjetunion vor der Perestrojka für Ungarn als internationaler Bezugspunkt weniger wichtig, was nicht zuletzt auch für die ungarischen Oppositionsgruppen galt, deren Kommunikation mit „der sowjetischen Dissidenz und Opposition oder mit dem sowjetischen Exil ... [nur] schwach entwickelt“ war. Der Autor zeichnet die verschiedenen Phasen und Zäsuren, Motive und Ziele, vor allem auch die jeweiligen Handlungsspielräume der ungarischen Opposition zwischen 1956 und 1968 sowie zwischen 1968 und 1973 nach, wobei er konstatiert, dass eine in mancherlei Hinsicht reformoffene Periode „nach 1973 mit der neuen Eiszeit unter Breschnew und Kádár weitgehend beendet wurde. Für das oppositionelle Denken bedeutete dies eine Abkehr vom Marxismus und eine Hinwendung zum Liberalismus“. Dennoch schien in Ungarn der Graben zwischen der kommunistischen Elite und der Gesellschaft, darunter auch den Oppositionsströmungen, weniger stark ausgeprägt zu sein als in anderen Staaten des Ostblocks. Jedenfalls reagierte das Regime auf die politischen Ansprüche der Opposition mit einer „differenzierten Tolerierungspolitik“, so dass Ende der achtziger Jahre verschiedene Initiativen damit begonnen hatten, sich zuerst informell zu organisieren, später auch als Partei. Da die Reformkommunisten und die Opposition – so der Autor – angesichts der zu lösenden Probleme schließlich im „gleichen Boot“ saßen, erlebte Ungarn 1989 eine gewaltlose Transition bzw. eine „lawful revolution“.

Der Beitrag von *Rudolf Gräf* und *Lorand Madly* über „die rumänische Wende 1989, ihre wissenschaftliche Deutung und öffentliche Erinnerung“ betont demgegenüber, „dass die Opposition gegen N. Ceaușescu nicht von den jungen Menschen Rumäniens ausging, auch nicht von den Überlebenden der kommunistischen Kerker, ehemaligen Vertretern von

historischen demokratischen Parteien, sondern von Altkommunisten“. Der Anlass offenen Aufbegehrens nährte sich aus unterschiedlichen Motiven, angefangen vom Protest gegen den offenen Terror, dem sich die rumänische Bevölkerung bereits seit langem ausgesetzt sah, bis hin zu tiefgreifenden wirtschaftlichen Problemen und einer sich schließlich zur „tickende[n] Zeitbombe entwickelnde[n] Minderheitenfrage“. Die Dezemberunruhen des Jahres 1989, die schließlich zum Sturz und zur Hinrichtung des Diktators führten, beseitigten indes noch nicht das alte Regime. Tatsächlich hatte „die kommunistische Führung in Rumänien noch einen verzweifelten und blutigen, letztlich jedoch vergeblichen Versuch [unternommen], ihre Macht zu retten“. Erst mit der Zulassung politischer Parteien am 31. Dezember 1989 wurden in Rumänien endgültig die entscheidenden Weichen für einen Aufbruch in die Demokratie gestellt. Eine Bürgerbewegung, wie sie in den anderen osteuropäischen Staaten existierte, fehlte in Rumänien indes gänzlich, so dass die Wende – so die Autoren – „auf eine eher unnatürliche Weise ablief“. Doch bis heute stellt die rumänische Wende einen elementaren Bezugspunkt des institutionalisierten politischen Diskurses und der öffentlichen Debatte dar, deren Facetten in dem Beitrag nachgezeichnet werden.

Der vorliegende Band versammelt die verschriftlichten Beiträge einer internationalen Tagung, die am 3. und 4. Juli 2009 in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt gemeinsam von den Instituten für Geschichte und Soziologie der Universität Magdeburg sowie der Gedenkstätte Moritzplatz durchgeführt wurde. Die Herausgeber danken der Landeszentrale für politische Bildung, namentlich Herrn Bernd Lüdke und Herrn Wilfried Welz, für eine großzügig gewährte Finanzierungsbeihilfe, die die Durchführung der Tagung und den Druck des Bandes ermöglicht haben. Die Gedenkstätte Moritzplatz hat ebenfalls mit einem Finanzierungszuschuss zum Gelingen der Tagung beigetragen. Der Dank der Herausgeber gilt darüber hinaus Frau Katharina Doyé (Roncalli-Haus Magdeburg) für ihre organisatorische Mithilfe sowie Frau Stefanie Döring vom Klartext-Verlag für die umsichtige Betreuung des Bandes. Frau Tatiana Golova hat mit gewissenhafter Sorgfalt die Übersetzung der russischen Tagungsbeiträge ins Deutsche besorgt. Herrn Markus Goldbeck M.A. sowie Manuela Knopik, Konstantin Müller und Bianka Litschke sei für die zuverlässige Unterstützung bei der Redaktion der Beiträge gedankt.

Magdeburg/Münster i. W.

im April 2010

Die Herausgeber